

14. IX. 1918

Mehr Mieterschutz! Mehr Wohnungen!

Eine Veranstaltung der „Ständigen Mittelstandsdelegation“.

Während die Ernährungsschwierigkeiten ungeachtet der in Anbetracht der Kriegsverhältnisse guten Ernte in den entscheidenden Fruchtgattungen sich aus den bekannten Gründen weiterhin verschärfen, zeigt sich eine Sorge am Horizont: die um das Obdach. Wohl war in der letzten Zeit hievon wiederholt die Rede, insofern über eine Besprechung im Ministerium für soziale Fürsorge und eine Rundgebung der Hausbesitzervereine berichtet wurde. Die meistbeteiligten Kreise der Mieter haben bis jetzt ein Stillschweigen beobachtet, das — vielleicht? Hoffentlich! — mit der Ruhe vor dem Sturm gleichzusetzen, dennoch aber, wenn schon verständlich, durchaus nicht am Platze ist. Denn wenn in irgend einer Sache geschlossenes und entschlossenes Auftreten ein Gebot höchster Notwendigkeit ist, so hier. Unterliegt es doch für den gelehrten Österreicher im allgemeinen und den Kenner der Verhältnisse im besonderen keinem Zweifel, daß gerade hinsichtlich dieser Angelegenheit die Gefahr einer Lösung gegen die Mieter besteht, zum nicht geringen Teile aus dem Grundsätze heraus, daß eben nur der Lebendige recht hat und daß der Schweigjame offenbar zustimmt. Bisher haben sich nämlich die Mieter so gut wie gar nicht gerührt, wenigstens kann man im Vergleich zu den Anstrengungen der Verfechter der Hausbesitzervorteile nicht davon Aufhebens machen. Um so notwendiger ist es, die Regierung davor zu warnen, aus diesem — bisher wenigstens — sanftmütigen Verhalten der Mieter einige Schlüsse zu ziehen. Denn wenn auch die Mieter bei weitem nicht über so einflußreiche Vertretungen verfügen, wie es die Hausherrenvereinigungen sind, so steht doch fest, daß die Unruhe in ihren Kreisen über die Agitation unserer städtischen Agrarier und noch mehr über das Stillschweigen der Regierung, welche über ihre Absichten nichts verlauten läßt, immer weitere Wellen zieht. Insbesondere sind jene Kreise des Mittelstandes beunruhigt, welche unter der Dampfwalze des Kriegswuchers vollständig ausgepreßt sind und wehrlos jeder Steigerung des Aufwandes für ihre ach so bescheiden gewordene Lebenshaltung gegenüberstehen. Eben diese Schichten mit untreuem Einkommen zittern heute schon bei dem Gedanken, daß die Mieterschutzverordnung, deren Geltung zu Ende dieses Jahres abläuft, „abgebaut“ werden oder am Ende gar außer Kraft treten könnte.

Wer die unabsehbaren Folgen einer derartigen Erschütterung der Lebenshaltung von Millionen in schwerster Bedrängnis lebender Menschen vorauszu sehen vermag, der wird sich über die Unmöglichkeit eines Abbaues oder gar einer Außerkraftsetzung der Mieterschutzverordnung klar sein. Nicht um den Ab-, sondern um den Ausbau handelt es sich, und was immer die Anwälte des Hausbesitzes dagegen anführen können, wiegt federleicht gegenüber den Fragen auf Seiten der Mieter. Was die Hausbesitzer zu ihren Gunsten anführen können, soll — soweit es ins Gewicht fällt — berücksichtigt werden; ausgeschlossen aber ist es, daß dies auf Kosten der Mieter möglich wäre. Eine solche Politik erscheint nach den Erfahrungen, die mit den fortgesetzten Steigerungen der Warenpreise gemacht wurden, als eine hinrißige, denn sie würde die Krise, in die unser Geldwesen geraten ist, nur noch ernster gestalten und in letzter Linie den Staat und seine Zahlungsfähigkeit selbst treffen.

An der Grundlage der wackligen Kreditpyramide darf also nicht gerührt werden, indem das Kündigung der Wohnungen und Erhöhen der Mieten etwa erleichtert wird. Im Gegenteil, es muß zum Grundsatz werden, daß alle Wohnungsänderungen durch die zu Einigungsstellen erweiterten Mietämter überprüft und nur im Einvernehmen aller Beteiligten vorgenommen werden.

Nicht minder wichtig und dringend ist auch das Verbot, leerstehende Wohnungen zu „möblieren“, ferner des Buchers der Wohnungsverhältnisse sowie endlich die Einbeziehung der Untermieter in den Schutz der Mieterschutzverordnung, lauter Angelegenheiten von der größten sozialen und rein menschlichen Bedeutung.

Über noch eines ist erforderlich: die möglichste Vergrößerung des Wohnungsmarktes. Zu diesem Behufe ist den Gemeinden durch ein rasch zu erlassendes Wohnungsnotgesetz die Verpflichtung aufzuerlegen, alle irgendwie in Betracht kommenden Wohngelegenheiten zu beschlagnahmen und erforderlichenfalls instandzusetzen, um sie gleich den übrigen bei den Wohnungsnachweisen *z w a n g s w e i s e* anzumeldenden Wohnungen im Interesse der Gesamtheit zu bewirtschaften. Wenn gleich die Zahl der Räumlichkeiten, die in Notfällen für Wohnzwecke benutzbar gemacht werden können, nicht so groß ist, so läßt sich doch auf diesem Wege bei planmäßigem Vorgehen einer weiteren Verschlechterung des Wohnungsmarktes bis zu jenem Zeitpunkte begegnen, wo eine großzügige Bautätigkeit und Wohnungsreform plangreifen kann und muß. Den Mietern aber rufen wir zu: Organisiert und rührt euch!

Wie wir hören, beabsichtigt die „Ständige Mittelstandsdelegation“ in Wien, der sich hoffentlich alsbald alle Vereinigungen der Festbesoldeten (Beamten, Lehrer, Staatsdiener, Angestellte aller Art) anschließen werden, eine Unternehmung in dieser hochwichtigen Angelegenheit einzuleiten. Lh. S.